



Wasser als öffentliches Gut schützen!

Die GUE/NGL ist eine konföderale Fraktion im Europäischen Parlament, der 35 MdEP aus 13 EU-Mitgliedstaaten angehören, die sich für Frieden, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Demokratie und die Menschenrechte in Europa und darüber hinaus einsetzen.

Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Europäisches Parlament
rue Wiertz 43, B-1047 Brüssel
T +32-(0)228-42683
F +32-(0)228-41774

Erstellt vom Referat Veröffentlichungen der GUE/NGL:
GUENGL-Communications@europarl.europa.eu
Fotos: iStockphoto, Laszlo Ilyes, Aaron Escobar, Europäisches Parlament
Gestaltung: Dominique Boon
Druck: Dossche Printing
© GUE/NGL – Brüssel 2014
Gedruckt auf Recyclingpapier



GUE/NGL
www.guengl.eu

VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



GUE/NGL
www.guengl.eu

VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



Ein öffentliches Gut

Der Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung wurde von den Vereinten Nationen als allgemeines Menschenrecht anerkannt. Dennoch kommen heutzutage in Europa viele Bürgerinnen und Bürger durch die Privatisierung der Wasserversorgung und die Liberalisierung des Marktes nicht in den Genuss dieses Rechts.

Die von der Troika auferlegten Bedingungen für das so genannte Rettungspaket haben dieses Problem in den am stärksten von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten der EU wie Irland, Griechenland und Portugal noch verschärft.

Wasser- und Sanitärversorgung werden besser sichergestellt, wenn die Regierungen und nicht der private Sektor dafür zuständig sind. Das Europäische Parlament muss weiter dafür kämpfen, dass Wasser ein öffentliches Gut bleibt und nicht zu einer Handelsware wird.



Ausverkauf sozialer Errungenschaften

Die Kommission ist der Ansicht, dass die Gesellschaft von der Privatisierung öffentlicher Versorgungsunternehmen, wie Wasserversorgungsunternehmen, profitiert, da diese zu mehr Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit führe. Tatsächlich haben private Monopole durch die Liberalisierung der Wasserwirtschaft die Möglichkeit, eine beherrschende Stellung in dem Sektor einzunehmen, sodass Wasser zu einer Handelsware wird, zu der die am stärksten Benachteiligten immer weniger Zugang haben.

Privatisierung führt zu Ungleichheit und Ausgrenzung, zu Preissteigerungen, übermäßigen Wasserverlusten, Unterbrechungen der Wasserversorgung, verschlechterter Versorgungsqualität und zu einer unverantwortlichen Bewirtschaftung. Kurz gesagt: Sie führt zu mehr sozialer Ungerechtigkeit für die von der Krise am stärksten Betroffenen.

Der Verkauf von Wasserunternehmen steht außerdem im Widerspruch zur vermeintlichen Neutralität der EU bei der Frage des privaten oder öffentlichen Eigentums und der Bewirtschaftung der öffentlichen Wasserversorgung, wie in den EU-Verträgen verankert.

Künftige Herausforderungen

- Das Europäische Parlament muss seine Verpflichtung, die Wasserwirtschaft vor der Liberalisierung zu schützen, einhalten. Diese Verpflichtung ist in verschiedenen Entschlüssen enthalten, zuletzt in einer Entschließung vom Juli 2012, in der dargelegt ist, dass der Zugang zu Wasser ein grundlegendes und allgemeines Menschenrecht ist.
- Wir unterstützen die europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“. Diese hat den zuständigen EU-Kommissar Michel Barnier dazu veranlasst, Wasserversorgung nicht in die geplanten neuen Bestimmungen der Konzessionsrichtlinie einzubeziehen. Das Europäische Parlament muss nun bei den Verhandlungen weiterhin Druck auf Kommission und Rat ausüben, um sicherzustellen, dass diese Verpflichtung eingehalten wird. Die Konzessionsrichtlinie zwingt Kommunalverwaltungen in ganz Europa, öffentliche Daseinsvorsorge noch weiter zu privatisieren. Würde Wasser nicht von der Richtlinie ausgenommen, könnten Verträge für die Wasserversorgung EU-weit ausgeschrieben werden. Multinationale Unternehmen hätten dann die Möglichkeit, schnell eine Übernahme zu initiieren und den Zugang zu einem öffentlichen Gut, das unerlässlich für das Leben selbst ist, zu verwehren.
- Wir fordern gesetzliche Bestimmungen auf EU-Ebene um die Regierungen zu verpflichten, das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung umzusetzen. Dieses Menschenrecht ist von den Vereinten Nationen anerkannt worden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Bürger über Zugang zu ausreichend und sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung verfügen.
- Die Bewirtschaftung von Wasserressourcen darf nicht den Binnenmarktregelungen unterliegen. Die Wasserversorgung muss von der Liberalisierung ausgenommen bleiben.